

Nationale Interessen sind von gestern!

Dörte Dinger

Ein ambitionierter Versuch – der nicht hält, was er verspricht. So lässt sich der Beitrag einiger Mitglieder des Tönissteiner Kreises zur Debatte über die neue deutsche Außenpolitik am besten charakterisieren. Denn wo schonungslose Auseinandersetzung gefordert wird, wird nur kurzsichtige Analyse geboten. Und wo Zukunftstauglichkeit das Ziel ist, werden lediglich uralte Rezepte aufgewärmt. In der Tat weisen die Verfasser mit ihrem Beitrag zurück statt nach vorn. Das Papier fordert, Deutschland müsse seine Werte „behutsam erneuern“. Dies wird verbunden mit einer zum Teil fundamentalen Kritik an bisherigen außenpolitischen Orientierungen und Praktiken. Den Königsweg bietet nach Ansicht der Verfasser eine verstärkte Fokussierung auf das ‚nationale Interesse‘ – was immer dies auch sein mag. In der Tat vermögen aber weder die Bestandsaufnahme noch die vorgeschlagenen Auswege zu überzeugen.

Bereits die Forderung nach einer Erneuerung deutscher Werte erscheint einigermaßen diffus. Es mag richtig sein, was dort an Allgemeinplätzen zu den Herausforderungen für die deutsche Gesellschaft und deren Wohlstandssicherung zusammentragen wird (Globalisierung, demografischer Wandel, Klimawandel); warum aber jenseits der notwendigen Reform von Politiken deshalb gleich unser Wertesystem überholt werden muss, bleibt unerläutert – und unverstanden. Gleiches gilt für die skizzierten Lösungsvorschläge: Sie weisen zum Teil in Richtung von mehr Eigenverantwortung und sprechen andererseits von ‚Verteilungsgerechtigkeit in globalem Maßstab‘. Dies stellt tatsächlich die interessanteste Idee des Aufsatzes dar, doch wird sie nur beiläufig in einem Nebensatz erwähnt. Vielleicht war den Verfassern bewusst, dass sie damit ihren gesamten Ansatz konterkarieren würden. Denn wer Verteilungsgerechtigkeit global erreichen will, dem wird die Rückbesinnung auf nationale Interessen nur wenig hilfreich sein.

Dennoch gehen die Autoren mit der bisherigen deutschen Außenpolitik schonungslos ins Gericht. Man fühlt sich ein wenig



Dipl.-Pol. Dörte Dinger,
geb. 1981, PhD Fellow an
der Bremen International
Graduate School of Social
Sciences.

ddinger@bigsss.uni-
bremen.de

in die 1990er Jahre zurückversetzt, so als verliefen die Konfliktlinien heute tatsächlich noch zwischen kompletter Zurückhaltung à la Bonn und den *Power Politics* einer wiedervereinigten Großmacht. Die Verfasser behaupten, effektiver Multilateralismus funktioniere nur, wenn internationale Organisationen als Forum für die Vertretung nationaler Interessen begriffen werden, und kritisieren, Deutschland sei sich über seine eigenen Interessen zu wenig bewusst. Beide Thesen sind gewagt und werden dennoch nicht weiter begründet. Dass ausgerechnet der Egoismus aller Mitspieler für ein besonders gutes Ergebnis sorgen soll, hat sich in der Realität schon oft als trügerische Hoffnung erwiesen. Die Debatte um den ständigen Sitz im Sicherheitsrat hat nicht nur gezeigt, dass innerhalb Deutschlands eine allein auf nationale Vorteile zielende Politik als nicht legitim wahrgenommen wird – zumindest benutzten Vertreter der damaligen Oppositionsparteien CDU und FDP diesen Vorwurf regelmäßig, um die Reformbemühungen der rot-grünen Regierung zu diskreditieren. Auch offenbarten die Auseinandersetzungen vor allem mit dem EU-Partner Italien, dass die Bundesrepublik nicht erfolgreicher ist – im Gegenteil! –, wenn sie die Tradition der Partnerorientierung, des Gemeinschaftssinns und der multilateral ausgerichteten Interessen verlässt.

Wo steht die deutsche Außenpolitik heute tatsächlich, und wohin sollte sie sich entwickeln? Die häufig geäußerte Kritik an zu viel Rückständigkeit mag teilweise zutreffen; gleichzeitig haben sich sowohl Selbstverständnis als auch Praxis der deutschen außenpolitischen Akteure seit der Wiedervereinigung bereits erheblich gewandelt. Denn obwohl Bonner Prinzipien auch heute noch in vieler Hinsicht prägend sind, hat sich deren Bedeutung schrittweise verändert: Rainer Baumann hat gezeigt, wie gerade der Begriff des Multilateralismus eine stärker instrumentelle Konnotation angenommen hat, wie Ideen von nationalem Interesse und auch Status an die Seite der althergebrachten Wertorientierung treten (der Artikel der Mitglieder des Tönissteiner Kreises ist in dieser Hinsicht geradezu emblematisch).¹ Es ist also nicht zutreffend, dass der Bonner außenpolitische Konsens, von den Verfassern als ‚politisch korrekte Doktrin‘ belächelt, unverändert fortbesteht. Recht haben die Autoren aber, dass über nötige

1 Baumann, Rainer (2006): Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik. Baden-Baden, Nomos.

Neuausrichtungen und solche, die bereits im Gange sind, zu wenig diskutiert wird. Ihr Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur legt den Finger in eine tatsächlich offene Wunde. Eine nicht nur ad hoc definierte, sondern aus einer offenen Debatte unter mündigen Akteuren hervorgegangene Außenpolitik – das ist notwendig. Aber ist das nationale Interesse wirklich die richtige Kategorie dafür? Taugt solch ein diffuser Begriff als Kompass für kohärente, eben gerade nicht ad hoc bestimmte Politik? Werden nicht dadurch alle Ansätze ausgeblendet, in denen es weniger um situativ-pragmatische Interessen, als vielmehr zum Beispiel um universelle Werte geht? Oder, überspitzt formuliert: Wollen wir nur das *Nützliche* in den Blick nehmen, oder zielen wir auch darauf, das *Richtige* zu tun? Die Fokussierung auf das nationale Interesse ist nur irreleitend, da es implizit sowohl universelle Interessen als auch nationale oder internationale Normen auszuschließen scheint. Gerade in Bezug auf Kriegseinsätze ist solch eine Verkürzung besonders zynisch. Klaus Naumann hat jüngst in der ZEIT auf die Gefahren hingewiesen, die eine rein instrumentelle Sicht auf Auslandseinsätze birgt, da sich die Rolle der Bundeswehr eben nicht auf die Wahrung deutscher Interessen reduzieren lässt.² In Afghanistan geht es eben nicht nur um die Sicherung von Handelsströmen oder um die eigene innere Sicherheit: Gleichzeitig werden Frauenrechte durchgesetzt, die Werte der westlichen Welt gegen den Terrorismus verteidigt, Entwicklungshilfe geleistet, *Failed States* stabilisiert. Könnte man argumentieren. Oder nicht? Und wenn doch, gäbe es einiges zu diskutieren: Ist eine Intervention der richtige Weg dafür? Welche anderen Wege könnten, sollten Deutschland, das westliche Bündnis, die UN beschreiten? Nicht zuletzt: Ist es richtig, das zu tun? Nur eine Debatte, die mehr umfasst als den Widerstreit egoistisch-nationaler Interessen, kann solche Fragen in den Blick nehmen.

Die einseitige Ausrichtung auf nationale Interessen ist aber nicht nur diskussionshinderlich; sie würde deutscher Außenpolitik auch substanziell nicht guttun. Dies ist kein Plädoyer für die Rückkehr zur Machtvergessenheit Bonner Zeiten; im Gegenteil. Die Bundesrepublik hat einen Beitrag zu leisten, und sollte dies auch mit der erforderlichen Hartnäckigkeit tun. Mitsprache und Mitgestaltung im Rahmen multilateraler

2 Naumann, Klaus (2010): Soldaten sollen denken. In: Die Zeit 6/2010, 4. Februar 2010.

Governance-Strukturen sind eine Selbstverständlichkeit und müssen nicht mehr trotzig eingefordert werden, ebenso wenig wie sie nicht mehr aus falsch verstandener Zurückhaltung verweigert werden können. Dennoch sollte die Bundesrepublik sich bei der Wahrnehmung dieser neuen Verantwortung ruhig auf ihre alten Stärken zurückbesinnen: die Einbindung kleinerer Partner, den Ausgleich von Interessen, die Orientierung am Allgemeinwohl. Das ist mehr als eine Stilfrage (obwohl auch die nicht unerheblich ist). Wenn Deutschland sich konsequent für globale Verteilungsgerechtigkeit, für die Demokratisierung und Verrechtlichung internationaler Politik einsetzt, kann es sich als Partner und Mit-Führungsmacht empfehlen, sich eigenständig profilieren – und nebenbei noch das Richtige tun. Was das aber im Einzelnen ist, darüber muss leider weiterhin von Fall zu Fall im politischen Diskurs beraten werden. Dabei kann auch keine noch so ausgeklügelte Entscheidungsmatrix helfen. Es sind im Kern politische Entscheidungen, vor denen die Außenpolitik steht. Deshalb ist weder Moral eine ‚absolute Größe‘ noch lassen sich ‚Kosten und Nutzen nüchtern abwägen‘. Und das ist gut so, denn sonst bräuchten wir keine Politiker mehr, sondern könnten Auslandseinsätze von Rechnungsprüfern anordnen lassen. 🌐

Welt Trends *Lehrtexte*

Widdau, Wiedergelesen: Klassiker der Politologie	LT 19
Krämer, Res Publica: Eine Einführung in die Politikwissenschaft	LT 18
Krämer, Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR	LT 17
Dornfeldt / Seewald, Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland	LT 16
Dornfeldt / Seewald, Deutsche Außenministerien	LT 15

Bestellung bei amazon